

um bemerkenswerte Menschen handeln, die so viel Bürokratie aufbauen, um Kindern vermeintlich zu helfen. Wir haben gegengehalten und eine hervorragende Arbeitshilfe auf den Weg gebracht, die auch Maßstäbe für andere Bundesländer gesetzt hat und die kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Als weiterer Punkt wurde ebenfalls schon die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit angesprochen. In der Tat: Wir haben eine umfassende Datei. In mehreren Anläufen hat das Land Nordrhein-Westfalen den Versuch unternommen, zu einer Datei auf Bundesebene zu kommen. Wir haben hierfür aus welchen Gründen auch immer keine Mehrheit gefunden. Wir werden es bei der diesjährigen Arbeits- und Sozialministerkonferenz wieder versuchen.

Die 1,12 Millionen €, die zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit bereitgestellt sind, sind nicht viel, stellen aber doch einen wichtigen Ansatz dar, um den Ärmsten der Armen zu helfen.

Zum Thema „Inklusion“ ist Folgendes zu sagen: Frau Middendorf, Sie beklagen das Nichtvorhandensein von Konzepten. Wir haben in unserem Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ 21 Aktionsfelder mit mehr als 100 Maßnahmen entwickelt. Da finden Sie die Konzepte, die Sie so vermissen. Im Übrigen ist dieser Plan nicht das Werk von Einzelnen oder einer Arbeitsgruppe, sondern dieses Konzept ist in enger Abstimmung mit den Behindertenverbänden und mit der interessierten Öffentlichkeit entwickelt worden.

Besonders liegt mir persönlich die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderungen am Herzen. Deshalb werden wir – das Kabinett hat die notwendigen Beschlüsse gefasst – 1.000 zusätzliche sogenannte Außenarbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das ist kein Pappentier; das ist sehr wichtig.

Wir wollen natürlich die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weiter fördern. Zwischenzeitlich befinden sich 64.000 Menschen in diesen Werkstätten, also mehr, als Thyssen-Krupp in NRW beschäftigt. Weil das so ist, wollen wir vor allem auch sogenannte Integrationsunternehmen fördern und ausbauen, die sich letztlich mit dem, was dort produziert wird, am ersten Arbeitsmarkt und an den Absatzmärkten beweisen müssen. Dass dies funktioniert, zeigen sehr viele hervorragende Beispiele.

Wir haben für das Thema „Inklusion“ 6,8 Millionen € im Haushalt 2012 zur Verfügung gestellt. Aber das ist nur eine Seite. In allen Haushalten aller Ministerien sind Mittel für dieses Thema vorhanden.

Die Inklusion soll in einem Zeitraum von zehn Jahren realisiert werden. Das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel. Ich muss Ihnen sagen, je mehr man sich mit dieser Materie beschäftigt, desto länger werden die Zeitläufe, die man einschätzen kann, um Inklusion, letztendlich ein gesellschaftspolitisches Ziel – hier geht es nicht um irgendeine behindertenpoliti-

sche Dimension –, in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Republik umzusetzen.

Die Bekämpfung von Armut beginnt mit dem In-Ordnung-Bringen unseres Erwerbssystems. Daran arbeiten wir auch im Bereich Soziales in unserem Ministerium. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zum Schluss möchte ich der Kollegin Asch herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. Das war sehr nett. Das Plenum hat das heute Morgen auch schon getan.

Damit sind wir am Ende der Beratung zu dem Teilbereich Soziales im Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1211**, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP und drei Mitglieder der Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Der Großteil der Piratenfraktion enthält sich der Stimme. Damit ist bei diesem festgestellten Ergebnis die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**.

Wir kommen zu dem nächsten Einzelplan:

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1215 hinweisen. Ich rufe auf den

Teilbereich Gesundheit, Pflege und Alter

Für die CDU-Fraktion spricht zunächst der Kollege Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gesundheit ist ein hohes Gut. Für jeden einzelnen unserer Bürgerinnen und Bürger ist das persönliche Wohlbefinden von großer Bedeutung. Die Messlatte, die die Bürgerinnen und Bürger an das Gesundheitswesen anlegen, ist enorm hoch.

Wir müssen uns stets fragen: Sind die Wege zur Gesundheit für alle geöffnet, ist die notwendige medizinische Versorgung der Menschen optimal gewährleistet, gleich, ob Sie in der Stadt oder auf dem Lande wohnen? Wie können mehr Ärzte ausgebil-

det werden? Wie werden wir im Alter leben? – Das sind zentrale Fragen.

Politik muss dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen hierfür gegeben sind. Strukturen und Systeme müssen nicht nur erhalten bleiben, sondern auch weiterentwickelt werden. Politik muss sich den Herausforderungen stellen, die sich insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch aufgrund der Entwicklung der Medizintechnik ergeben.

Vor diesem Hintergrund ist es ein gesundheitspolitisches Desaster, dass die Landesregierung den Haushalt für 2012 erst jetzt vorlegt, wo er doch keinerlei Wirkungen mehr entfalten kann. Es ist allerdings auch kein Trost, wenn man feststellt, dass er auch bei früherer Vorlage ohnehin keine Wirkung entfaltet hätte und auch keinerlei Signalwirkungen in Sachen Gesundheitspolitik für die Zukunft enthält.

Für diesen Haushalt gilt: Es gibt keine Impulse, es gibt keine Perspektiven, es gibt keine Innovationen, es gibt keine Lösungen für Probleme, und es gibt keine Gründe, darauf zu vertrauen, dass diese Landesregierung Probleme lösen könnte.

Es ist bei allem technischen Know-how der heutigen Medizin Sache der Politik und hier namentlich der Ministerpräsidentin und deren Ministerin für Gesundheit, den Menschen in Nordrhein-Westfalen glaubhaft zu vermitteln, dass jeder Bürger sicher sein kann, im Krankheits- oder Pflegefall medizinisch und pflegerisch auch in Zukunft gut versorgt zu werden. Dazu darf niemand ins Ausland gehen müssen. Da reichen, sehr geehrte Frau Ministerin Steffens, nicht nur hilfeschende Pressemitteilungen, sondern es bedarf vor allem sichtbaren Handelns.

Sie müssen sagen, wie Sie und mit welchen Anreizen Sie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen wollen, sodass jeder im Bedarfsfall wohnortnah wenigstens seinen Hausarzt aufsuchen kann. Sie müssen sagen, wie die medizinischen Leistungen gemäß Ihres Koalitionsvertrages in der Fläche, also für jedermann, bei gleichzeitiger Spezialisierung in den medizinischen Leistungen erbracht werden können. Das Sie es vereinbart haben, ist eine Sache. Papier ist aber offensichtlich geduldig. Sie müssen sagen, wie.

Bei der Frage nach dem Konzept: Fehlanzeige.

Sie müssen sagen, mit welcher Anzahl an Betten die Krankenhäuser rechnen können – ich meine damit den Krankenhausbedarfsplan –, damit die Krankenhäuser sicher und verlässlich planen können, um endlich die Unsicherheit zu beenden.

Konzept? – Fehlanzeige!

Sie müssen sagen, wie die finanziellen Rahmenbedingungen zukünftig sein werden, wie Spitzenmedizin und wie optimale medizinische Versorgung und Pflege gewährleistet und bezahlbar bleiben sollen.

Konzept? – Fehlanzeige!

Sie müssen sagen, wie Sie mit Blick auf die demografische Entwicklung Fachkräfte für den Pflegeberuf und den ärztlichen Dienst gewinnen wollen, wie Sie die Ausbildung von Ärzten sicherstellen wollen.

Konzept? – Fehlanzeige!

Statt Antworten zu geben, taucht die Landesregierung ab. Es wird fabuliert. Der Mensch stehe im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik, nicht Strukturen und Systeme, heißt es. – Natürlich steht der Mensch im Mittelpunkt. Wer denn sonst? Aber genau das ist das Problem. Sie sind nämlich der Meinung, Sie würden vom Menschen her denken, verändern und schaffen aber keine Strukturen und Systeme. Diese brauchen wir aber, damit der Mensch im Mittelpunkt einer funktionierenden Medizin stehen kann. Ohne Strukturen und Systeme geht es nicht. Diese müssen dringend den geänderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen angepasst werden.

Die damalige CDU-geführte Landesregierung hat schon vor Jahren den Handlungsbedarf erkannt und das Aktionsprogramm zur Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung auf den Weg gebracht. Dies war ein erster wichtiger Schritt. Doch seit 2010 ist die Landesregierung auf diesem Weg einfach stehen geblieben, obwohl das Hausärztkonzept Wirkung gezeigt hat.

Dabei schafft das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung neue Rahmenbedingungen für die ärztliche Versorgung in Deutschland. Dieses Gesetz steuert gerade den demografiebedingten Versorgungspassen entgegen.

Jetzt gibt es im Sinne der Fortentwicklung des Hausärztkonzepts die Möglichkeit, neue Maßnahmen zu installieren, die junge Ärzte veranlassen könnten, sich auf dem Lande niederzulassen. Hier sind zum Beispiel Schaffung finanzieller Anreize, Nutzung der Infrastruktur, Rückkehrmöglichkeiten, Zulassungsgarantien, flexible Ausgestaltung der Bedarfsplanung, Aufgabe des Wohnsitzprinzips und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen. Was diese Weiterentwicklung angeht:

Konzept? – Fehlanzeige!

(Ministerin Barbara Steffens: Dafür ist doch der Bund zuständig!)

Von Frau Ministerin Steffens hören wir nichts. Im Gegenteil!

Akuten Handlungsbedarf gibt es gemäß einer Studie des Berliner Forschungsinstituts IGES in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel im Bereich der neurologischen Frührehabilitation von Schlaganfallpatienten. Nordrhein-Westfalen ist hier wieder einmal Schlusslicht. Die Ministerin bestreitet das.

Ich muss ehrlich gestehen: Aufgrund bestimmter Vorgaben konnte man das eigentlich auch glauben.

Wir haben uns aber gefragt, warum „Westpol“ drei Mal über dieses Thema berichtet hat. In der Tat sind für die Frühreha nicht ausreichend Betten vorhanden. Die in vielen Fällen notwendige Frührehabilitation von Schlaganfallpatienten ist in vielen Krankenhäusern wegen der hohen Spezialisierung der Reha nicht gewährleistet. Deshalb werden auch mehr Betten in den Rehakliniken benötigt.

Frau Ministerin, Sie sprechen immer wieder von neuen Wohn- und Pflegeformen, vom sogenannten Wohnen im Quartier. Da werden im Bereich Pflege Mittel für die Entwicklung von Quartieren eingestellt, die im Zweifel auch nicht ausreichen dürften.

Was ist aber die Konzeption? Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen konkreten Zielen sollen die Mittel ausgegeben werden? Was ist überhaupt ein Quartier? Wo ist der konzeptionelle Rahmen? Wie sollen die ohnehin klammen Kommunen in Zukunft Quartiere schaffen, wenn sie nicht einmal wissen, was das ist und ob und wie das Land sie dabei finanziell unterstützt? Es stellt sich zum Beispiel die Frage, wie die erforderlichen Grundstücke bezahlt werden sollen. Gerade die Preise für innenstadtnahe Grundstücke sind sehr hoch.

Auch im Bereich der Altenpflegeausbildung erweist sich das Handeln der Landesregierung als Chaos. Mit der Umlagefinanzierung wollten wir gemeinsam erreichen, dass sich mehr Menschen bereiftinden, den Pflegeberuf zu erlernen. Das war auch wirklich ein Erfolg, wie sich jetzt herausstellt. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen strebt eine Ausbildung in der Pflege an.

Das Ministerium hat nun aber nichts Eiligeres zu tun gehabt, als den Fachseminaren mitzuteilen, dass nicht alle Seminarplätze gefördert werden können. Auf Nachfrage im Ausschuss erklärte die Ministerin dann, dass die Finanzierung selbstverständlich gesichert sei. Einen Tag später wurde den Fachseminaren schriftlich mitgeteilt, dass nicht alle Plätze gefördert werden können. Inzwischen scheint der Punkt allerdings geregelt zu sein. Dieses unkoordinierte Vorgehen hat zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Beteiligten geführt. Das können wir so nicht hinnehmen.

Es wird deutlich: Egal, ob bei medizinischer Versorgung, Pflege, Leben im Alter oder der Krankenhausrahmenplanung, die irgendwann mal kommen soll – der Haushalt 2012 gibt keine Antworten auf die Zukunftsprobleme. Das ist ein Beleg dafür, dass die Landesregierung auf dem wichtigen Feld „Gesundheit“ nichts bewegt. Geld wird in Nordrhein-Westfalen ausgegeben; es werden angeblich gute Schulden zum Wohle aller gemacht, und das nicht zu knapp; aber erreicht wird nichts.

So traurig die Geschichte auch ist: Wir dürfen uns keine Hoffnungen machen. Mit dieser Landesregie-

rung wird es kein Happy End, sondern den Worst Case geben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Lück.

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Preuß, als man Ihnen eben zuhören durfte, hatte man den Eindruck: Sie stehen hier gar nicht mit den Beinen auf der Erde. Sie sind vor allen Dingen noch nie im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags Nordrhein-Westfalen gewesen; denn alle die Dinge, die Sie hier aufgeführt haben – „Konzept? – Fehlanzeige!“ –, haben wir im Ausschuss ausführlich besprochen. Ich werde gleich noch näher darauf eingehen.

Grundsätzlich muss man aber auch noch einmal an unseren Koalitionsvertrag erinnern und deutlich machen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen einen gleichen, gleichermaßen uneingeschränkten Zugang zu gesundheitlicher und medizinischer Versorgung haben.

Unsere Gesundheitspolitik wird in Sachen Gesundheit, Pflege und Alter nachhaltig und erfolgreich sein, Herr Preuß. Sie führt nämlich zu einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und ohne Hürden zugänglichen gesundheitlichen und medizinischen Versorgung für alle, und zwar von der Prävention bis hin zur Palliativmedizin, unabhängig von dem jeweiligen sozialen Status, dem Alter, der Herkunft oder dem Geschlecht.

Der demografische Wandel sowie die geschlechter- und herkunfts-differenzierte Gesundheitsversorgung sind Aufgabe und Herausforderung unserer Zeit. Das gilt besonders im Hinblick auf ländliche Regionen und sozial benachteiligte Stadtteile.

Unsere nordrhein-westfälische Gesundheitswirtschaft wurde in der Vergangenheit eher vernachlässigt, ist aber mit über 1 Million Beschäftigten im Gesundheitswesen eine Wachstumsbranche sowie Jobmotor – auch im Hinblick auf die wachsenden bedarfsgerechten und die Individualität währenden Wohn- und Pflegeformen. Deshalb gilt es, im Bereich der öffentlichen Gesundheit für stabile Strukturen und verlässliche Standards mit Sicherheitsgarantien auch für die Krankenhausplanung zu sorgen.

Wir alle wissen, dass dies lediglich im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten, der verfassungsrechtlich stark beschränkten Kompetenzen eines Landes möglich ist. Herr Preuß, auch Sie wissen das. Viele Dinge, von denen Sie vorhin gesagt haben, sie passierten nicht bei uns in Nordrhein-Westfalen, hängen auch an unserer bundespoliti-

schen Gesundheitspolitik. Das wissen Sie. Dann hier so einen Aufschlag zu machen, finde ich schon sehr bedenklich.

Aber wir werden den Herausforderungen hier in Nordrhein-Westfalen mit dem vorgelegten Haushaltsplan begegnen. Da geht es zum Beispiel um die Weiterentwicklung der Pflege- und Versorgungsstrukturen. Wir wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, im Alter länger selbstbestimmt in der eigenen häuslichen Umgebung zu bleiben.

Die Umsetzung einer zukunftsgerichteten Alten- und Pflegepolitik muss vor allem auf der lokalen Ebene erfolgen. Hier wird das direkte Wohn- und Lebensfeld bedarfsgerecht gestaltet. Die Kommunen brauchen Unterstützung, um die Pflege- und Versorgungsstrukturen im Sinne einer stärkeren Quartiersausrichtung weiterzuentwickeln. Beim Ausbau neuer Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehr-Generationen-Wohnungen und Wohnungen mit Versorgungssicherheit tragen die Kommunen eine große Verantwortung. Sie brauchen dazu eine nachhaltige Unterstützung.

Dabei geht es aber nicht nur um die Menschen mit Pflegebedarf, sondern auch um die Menschen, die in Altersarmut leben oder davon bedroht sind. Wir wollen allen älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehört auch die Versorgung und die Verbesserung der Hospiz- und Palliativmedizin.

Es geht aber auch um die Gesundheit von Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie haben in unserem Gesundheitssystem immer noch massive sprachliche und kulturelle Probleme, denen wir begegnen werden.

In der Mitte unserer Gesellschaft soll jeder Bürger und jede Bürgerin bis ins hohe Alter selbstbestimmt und aktiv sein Leben gestalten können. Auch im Falle einer Pflegebedürftigkeit oder Behinderung soll jeder die Hilfe bekommen können, die er benötigt, und zwar unabhängig von seinem Einkommen.

Zurzeit gibt es bei uns in Nordrhein-Westfalen gut 1 Million pflegebedürftiger Menschen. Bis 2050 wird sich diese Zahl verdoppeln – eine dramatische Entwicklung. Demgegenüber steht der sich abzeichnende dramatische Fachkräftemangel bei uns in der Pflege.

Umso erfreulicher – Herr Preuß, das haben Sie auch erkannt – ist es, dass wir es geschafft haben, die Ausbildungsplätze in der Altenpflege deutlich auszubauen. Mit der Einführung der Ausbildungsumlage haben wir die Finanzierung der Altenpflegeausbildung gerechter auf alle Schultern der Beteiligten gelegt. Die Anzahl der ausbildungsbereiten stationären Einrichtungen und ambulanten Dienste hat bereits in diesem Jahr eine deutliche Steigerung bei den Ausbildungsplätzen erreicht. Durch eine verlässliche Landesförderung konnte schon in diesem

Jahr die Zahl der Ausbildungsplätze von 9.300 im letzten Jahr bis heute um über 2.000 erhöht werden. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der drohenden Pflegenot in Nordrhein-Westfalen geleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die 380 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stehen in dem Spannungsfeld, die eigene Wirtschaftlichkeit und eine gute Behandlungsqualität in Einklang zu bringen. Das gilt für Krankenhäuser der wohnortnahen Grundversorgung wie auch für Krankenhäuser der Maximalversorgung und die Spezialzentren. Für die Bürgerinnen und Bürger muss eine flächendeckende Versorgung insbesondere im ländlichen Raum sichergestellt sein. Das wird uns der Krankenhausplan, der zurzeit noch überarbeitet wird, auch zeigen.

Zur finanziellen Unterstützung der Krankenhäuser wird es weiterhin die pauschale Förderung des Landes mit dem Sonderfonds Krankenhäuser geben. Das erweitert den finanziellen Spielraum der Einrichtungen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in städtischen Problemgebieten. Hier gibt es verschiedene Maßnahmen, Herr Preuß, die wir haben und die auch weitergeführt werden. Da ist zum Beispiel das Hausärzteprogramm oder auch die Anwerbung von ausländischen Ärzten und Ärztinnen. Das ist im Haushalt abgesichert.

Zum Schwerpunkt Hygiene! Herr Laumann, mit der Novellierung des Krankenhausgesetzes 2007 hat es leider in den Häusern bei uns im Land eine Absenkung der Sicherheitsstandards gegeben, nämlich dadurch, dass Sie die Hygienekommissionen für die Krankenhäuser einfach gestrichen haben. Dadurch und aus vielen wirtschaftlichen Aspekten hat der Standard in den Krankenhäusern leider abgenommen. Aber gerade die Krankenhäuser und die in Krankenhäusern erworbenen Erkrankungen sind für die Patientinnen und Patienten problematisch, abgesehen von den Kosten fürs Gesundheitssystem. Das ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen so.

Herr Preuß, auch in diesem Fall wäre es wichtig, die Bundesregierung auch von ihrer Seite noch einmal aufzufordern, die Krankenhäuser bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere der Krankenhaushygiene, auch zu unterstützen.

Auf Landesebene werden wir deshalb die Aus- und Weiterbildung im Fachbereich Hygiene fördern, eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über Maßnahmen zur Vorbeugung von Infektionskrankheiten und ein flächendeckendes Frühwarnsystem für multiresistente Erreger aufbauen. Außerdem werden wir die Hygienefachkräfte auch in Einrichtungen der ambulanten pflegerischen Versorgung vorschreiben. Damit werden wir die landesseitigen Möglichkeiten nutzen, um trotz Fachkräftemangels und feh-

lenden Hygienefachpersonals vermeidbare Pflege- und Hygienemängel zu reduzieren.

Ich habe hier nur einige prägnante Ziele aufgeführt, um deutlich zu machen, dass wir mit diesem Haushalt einen großen Schritt in die richtige Richtung gehen. Mir wäre sehr daran gelegen, Herr Preuß, wenn Sie und Ihre Fraktion die Augen aufmachen und das auch erkennen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Kollegin Lück. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion hat den Anspruch, die Arbeit der Landesregierung im wichtigen und sensiblen Bereich der Gesundheitspolitik konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Alter zielgenauer und treffsicherer werden und gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch bezahlbar bleiben.

Besonderen Wert legt die Landesregierung nach eigenem Bekunden auf eine patientenorientierte Gesundheitspolitik, die geschlechtergerecht ausgestaltet ist. Aus Sicht der FDP-Fraktion muss es bei einer wahrhaft geschlechtergerechten Gesundheitspolitik aber darum gehen, die spezifischen Versorgungsbedarfe von Jungen und Mädchen bzw. Männern und Frauen gleichermaßen zu berücksichtigen.

(Beifall von der FDP)

Denn es zeigt sich, dass der Handlungsbedarf gerade bei Jungen und Männern unterschätzt wurde. Die derzeitigen gesundheitlichen Angebote sind leider nur unzureichend auf die spezifischen Risiken und Bedürfnisse zugeschnitten. Deshalb werden sie zu selten in Anspruch genommen mit entsprechenden Folgen.

Dass ein Kompetenzzentrum „Frauen und Gesundheit“, wie es der Einzelplan 15 vorsieht, kaum die richtige Antwort darauf sein kann, liegt auf der Hand, wird aber trotzdem von Juni 2012 bis Dezember 2014 mit rund 567.000 € gefördert.

Ein solches Kompetenzzentrum hat jedoch im vergangenen Monat auf dem Gesundheitscampus in Bochum seine Arbeit aufgenommen. Ministerin Stefens hat diese Gelegenheit genutzt, um erneut klarzustellen, dass die frauenspezifischen gesundheitlichen Aspekte noch stärker in den Fokus rücken müssen.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der FDP ist das entschieden zu einseitig. Wir wollen

nicht, dass der Bedarf bei Frauen und Mädchen gegen den Bedarf bei Jungen und Männern ausgespielt wird.

(Beifall von der FDP)

Sie brauchen für beide Gruppen, gerade in der Prävention, angemessene Instrumente, weil es bei der Entstehung von Krankheiten nachweislich geschlechtsspezifische Unterschiede gibt.

Besonders aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion eine Kleine Anfrage zur Suizidprävention von Männern gestellt, weil es laut Landesgesundheitsbericht 2011 insbesondere in der Gruppe der älteren Männer eine steigende Anzahl an Suizidfällen gibt.

Ein die Gesundheitspolitik auch immer wieder beschäftigendes Thema ist die Drogen- und Suchtproblematik. Vor allem das Thema „Alkohol und dessen Missbrauch“ gerade bei Jugendlichen steht im Vordergrund. Nach Information der Krankenkasse DAK Gesundheit, die sich auf das Statistische Landesamt beruft, wurden im Jahr 2011 6.548 junge Menschen im Alter zwischen zehn und 20 Jahren mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt. Im Vergleich zu 2012 ist das ein Anstieg von 4,3 %. Auffallend ist, dass 595 Mädchen im Alter zwischen zehn und 15 Jahren stationär behandelt wurden. Bei den Jungen waren es nur – wenn man hier überhaupt von „nur“ sprechen kann – 474.

Es zeigt sich allerdings insgesamt, dass das sogenannte Koma-Trinken nach wie vor ein besonderes Problem von jungen Männern ist.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

Dieses Beispiel soll Ihnen abermals deutlich machen, wie wichtig es ist, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei allen gesundheitlichen Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die FDP-Landtagsfraktion hat in diesem Zusammenhang bereits für die Ausschusssitzung Ende September einen Bericht der Landesregierung angefordert. Es bleibt festzuhalten, dass es unser gemeinsames Ziel sein muss, das Koma-Trinken wirksam zu bekämpfen.

Besondere Aufmerksamkeit muss die Landesregierung aber auch den neuen synthetischen Drogen schenken, die in Deutschland auf dem Vormarsch sind und deren gesundheitliche und soziale Folgen schwerwiegend sind. Neben den von der Bundesregierung angestoßenen sinnvollen Maßnahmen hat auch die Landesregierung ein Landeskonzept gegen Sucht in Form einer Gemeinschaftsinitiative vorgelegt. Dies soll die Basis sein für einen späteren Aktionsplan Sucht.

Die FDP möchte ihr Augenmerk hier vor allem auf die Sicherung eines einfachen Zugangs zu den Therapieangeboten sowie auf die Stärkung der Selbsthilfe legen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Steffens hat hier bereits einiges versprochen. Ich bin gespannt, was in Zukunft davon tatsächlich umgesetzt wird. Vor allem stelle ich mir die Frage, inwieweit es einer neu eingerichteten Landesfachstelle Sucht NRW bedarf. Erst recht bezweifle ich die Sinnhaftigkeit der Wiedereinrichtung der Fachstelle Frauen und Sucht.

(Beifall von der FDP)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Laut unserer Landesregierung soll Gesundheitspolitik nicht nur geschlechtergerecht, sondern auch menschlicher werden. Deshalb wurde zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen eine Patientenbeauftragte berufen. Am 1. Mai hat Frau Dr. Lehmann ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist es, sich darum zu kümmern, dass die Interessen der Patientinnen und Patienten in unserem Land respektiert und berücksichtigt werden.

Am 19. September berichtete das Ministerium in einer Pressemitteilung, dass bereits 200 Patienten Kontakt zu Frau Dr. Lehmann aufgenommen hätten. Nochmals: 200 Patienten in knapp fünf Monaten! Zum Vergleich: Das leistet ein Hausarzt schon an den ersten beiden Tagen im Quartal.

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

Für die Maßnahme Patientenbeauftragte sind aber ganze 400.000 € im Haushaltsjahr 2012 vorgesehen. Das versprochene Konzept, das diese finanzielle Investition in Zeiten knapper Kassen rechtfertigt, lässt jedoch weiter auf sich warten. Auch auf der Homepage der Patientenbeauftragten sucht man es vergebens. Hier liest man vor allem den Slogan: Menschen zuerst. Menschen zuerst – das will ich doch hoffen, wenn wir hier über Humanmedizin sprechen.

Wir werden daher in Zukunft die Arbeit der Patientenbeauftragten sehr kritisch beäugen und dabei immer wieder die Effektivitäts- und die Effizienzfrage stellen.

Im Vorwort des Erläuterungsbandes zum Einzelplan 15 schreiben Sie, liebe Frau Ministerin, das MGEPA wolle dazu beitragen, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen ihr Leben so weit wie möglich selbstbestimmt gestalten könnten. Ich musste diese Zeilen glatt mehrfach lesen, da das neue Nichtraucherschutzgesetz – oder nennen wir es besser Ihr radikales Rauchverbot – doch gerade aus Ihrem Ministerium stammt.

(Zuruf von der SPD: Konsequenz!)

Ich frage Sie: Trägt dieses Verbot zu einer größeren Selbstbestimmung bei? Wird hier der Mensch in den Mittelpunkt gestellt, wie Sie es bei vielerlei Gelegenheiten betonen,

(Ministerin Barbara Steffens: Ja!)

oder wird hier lediglich einer überzogenen und entmündigenden Verbotskultur gehuldigt?

(Beifall von der FDP)

Eine Politik der Selbstbestimmung und der Toleranz, sehr geehrte Damen und Herren, sollte man nicht nur verkünden, sondern man sollte sie auch leben.

(Zuruf: Genau!)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie uns zum Bereich Pflege kommen. Die Einführung eines Ausgleichsverfahrens in der Altenpflegeausbildung hat hier offenbar zu so großer Nachfrage nach Ausbildungsplätzen geführt, dass selbst die Ministerin über die Entwicklung verblüfft war.

Selbstverständlich sind Anreize, die dazu führen, dass sich mehr junge Menschen für den Beruf in der Pflege entscheiden, wichtig. Gleichwohl ist die Umlage organisatorisch aufwendig und vor allem kostspielig. Besser wäre es, das Problem des schon jetzt existierenden Fachkräftemangels komplexer und ganzheitlicher anzugehen, beispielsweise über eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Klar ist natürlich, dass den Trägern und Einrichtungsleitungen dabei eine hohe Verantwortung zukommt.

Bei den Heimen ist es uns wichtig, dass verstärkt auf die Selbstbestimmungsrechte der Bewohner geachtet wird. So muss dem Normalitätsprinzip bei der Modernisierung bestehender Heimstrukturen ein größeres Gewicht zukommen. Ich rufe gerne in Erinnerung, dass dieses eines der zentralen Ziele des vom Landtag mit breiter Mehrheit verabschiedeten Wohn- und Teilhabegesetzes gewesen ist.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Haushalt, der eine überflüssige Institution nach der anderen vorsieht, wo sonst an allen Ecken und Enden im Gesundheitsbereich Mittel fehlen, kann die FDP-Fraktion nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch vor dem Hintergrund einer sehr schwierigen Haushaltssituation wird die rot-grüne Koalition im Bereich „Gesundheit und Pflege“ einen Schwerpunkt legen, wie wir es bereits 2011 gemacht haben.

Dabei werden wir – erstens – die Maßnahmen zur Sicherung einer ortsnahen gesundheitlichen Versorgung weiterführen.

Zweitens werden wir Gesundheitsprävention, Aids-hilfe und Drogenhilfe weiter verstärken und zusätzli-

che Angebote machen, mit denen wir bestimmte Zielgruppen besser als bisher erreichen können.

Drittens wollen wir die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern und hierfür auch die Kooperation mit Jugend- und Familienhilfe sowie Schule stärken.

Viertens wollen wir den Ausbau der neuen Wohn- und Pflegeformen weiterentwickeln und das selbstständige Wohnen mit Versorgungssicherheit für Menschen mit Unterstützungsbedarf auch im Rahmen von Quartierskonzepten befördern.

Meine Damen und Herren, mit der Einführung der Altenpflegeumlage hat die rot-grüne Landesregierung einen wichtigen und – wie sich bereits jetzt zeigt – sehr erfolgreichen Impuls zur Steigerung der Ausbildungsaktivitäten in der Altenpflege gestartet.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Scheffler [SPD])

Erinnern wir uns: Am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb hatten wir in NRW 8.730 landesgeförderte Schulplätze in diesem Bereich. Im Sommer 2011 konnten wir die Zahl der landesgeförderten Schulplätze schon auf 9.300 steigern. Für August dieses Jahres lagen dann bereits Anträge für 11.088 Plätze vor, im Dezember werden es sogar fast 13.700 sein.

Die Dynamik dieser Entwicklung bei Bereitstellung und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der Altenpflege wurde durch die Ausbildungsumlage aufgelöst, die wir zuvor eingeführt hatten. Diese Entwicklung ist hoch erfreulich, zeigt sie doch, dass wir mit den richtigen Rahmenbedingungen neue, zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen können. Das ist ein toller Erfolg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die rot-grüne Landesregierung wird allein in diesem Jahr über 7,2 Millionen € mehr für die Altenpflegeausbildung bereitstellen als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung.

Meine Damen und Herren, die Sicherung der wohnortnahen Versorgung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gesundheitspolitik. Herr Preuß hat uns in seiner Rede Konzeptlosigkeit vorgeworfen, obwohl NRW ein genaues Konzept zur hausärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich und auch zur fachärztlichen Versorgung in Großstädten vorgelegt hat. Wir haben allein 2,5 Millionen € zur Verfügung gestellt, um die Versorgung im ländlichen Bereich sicherstellen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiteres Ziel sind der Ausbau der Gemeindepsychiatrie, die Sicherstellung der wohnortnahen Gesundheitsstrukturen, die an den Bedürfnissen der psychisch erkrankten Menschen ausgerichtet sind, und die Vernetzung der Hilfen, die diesen Menschen ein vermehrt

eigenständiges und sozial integriertes Leben ermöglichen.

Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Verbesserung der psychosozialen Hilfen für Kinder und Jugendliche. Hiermit wollen wir erreichen, dass die seelische Gesundheit der jungen Menschen gestärkt und den psychischen Störungen frühzeitig entgegengewirkt wird. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besser als bisher gesundheitlich versorgt werden, unter anderem indem wir dazu beitragen, die Gesundheitsförderung für sie zu verbessern und die Zugänge zu erleichtern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen den Ursachen der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen begegnen. Mit der Landesinitiative „Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ ist hierzu schon ein erster Schritt getan worden.

Auch hier müssen die Familien mit Migrationshintergrund besser als bisher erreicht werden. Deshalb wollen wir auch Maßnahmen unterstützen, die die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verbessert. Hierzu gehören unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung von interkulturellen Kompetenzen in Gesundheitseinrichtungen, zur Verringerung der Sprach- und Kulturbarrieren, zur Thematik der weiblichen Genitalverstümmelung und zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen.

Meine Damen und Herren, wie schon im vergangenen Jahr sind auch in 2012 mehr als 4,5 Millionen € für die Aidsprävention in den Haushalt eingestellt. Mit den zusätzlichen Geldern, die wir in 2010 hierfür bereitgestellt haben, wollen wir Maßnahmen für zielgruppenspezifische Prävention, Beratung und Nachsorgemaßnahmen unterstützen und verbessern, weil die Prävention der einzig gangbare Weg bei der Bekämpfung von Aids ist.

Gleiches gilt auch für die Sucht- und Drogenhilfe, die Sie kritisiert haben. Wir halten es zudem für notwendig, Suchthilfeangebote zu fördern, die auf die unterschiedlichen Bedarfe von Frauen und Männern ausgerichtet sind und mit denen Menschen mit Migrationshintergrund besser erreicht werden.

Meine Damen und Herren, wir müssen Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, helfen, damit sie weiterhin selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können. Hierzu wollen wir die Angebote ausweiten. Deshalb werden wir Quartierkonzepte befördern, mit denen auch für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, eine Versorgungssicherheit in ihrem Wohnquartier geschaffen werden kann. Damit wollen wir dem weiteren Ausbau größerer stationärer Einrich-

tungen ein bisschen entgegenwirken und einen Paradigmenwechsel schaffen weg von den großen Einrichtungen hin zu überschaubaren Wohn- und Versorgungsformen dort, wo die Menschen leben und weiter leben wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dies trägt dem Wunsch vieler Menschen Rechnung, auch bei Pflegebedarf in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben zu können. Um diese Ziele erreichen zu können, haben wir trotz großer Schwierigkeiten im Haushalt sehr viele Gelder bereitgestellt. Aber der Bereich „Gesundheit und Pflege“ braucht auch Ihre Unterstützung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die Piratenfraktion steht Herr Kollege Lamla bereit.

Lukas Lamla (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Landtagspräsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Als ich mich auf die Rede vorbereitet habe, wusste ich nicht so richtig, wo ich anfangen sollte. Denn in kaum einem politischen Bereich wurde in den letzten Jahren – verzeihen Sie mir das Wortspiel – so viel herumgedoktert wie in der Gesundheitspolitik. Seit der verkorksten Gesundheitsreform von Frau Ulla Schmidt hat jeder mal hier und da an der Schraube gedreht, aber der große Wurf war bisher nicht dabei, sonst sähe es in dem Bereich wesentlich weniger dunkel aus als heute. Wo also anfangen?

Im Rahmen der Vorbereitung auf die Rede unterhielt ich mich auch mit unseren Mitarbeitern. Einer erzählte mir die Geschichte seiner Großmutter, die wohl kaum typischer sein kann. Mit einem Mal wurde mir klar, worum es hier eigentlich geht. In meinem beruflichen Werdegang habe ich mit der Situation im Gesundheitsbereich zwar schon einige Erfahrung sammeln können, aber selten wurde klarer als an diesem Beispiel, welche Probleme da vorliegen.

Ich komme auf das Beispiel zurück: Die Großmutter unseres Mitarbeiters, nennen wir sie Frau Koch, ist momentan 87 Jahre alt und lebt in einem Altenpflegeheim. Früher waren 87 Jahre die Ausnahme, heute jedoch eher die Regel. Alleine daran werden die Probleme des demografischen Wandels deutlich. Die Menschen werden tatsächlich immer älter. Als Frau Koch noch jünger war, war sie als Verkäuferin in einem großen Kaufhaus tätig und hat in diesem Beruf, wie so viele andere auch, 40 Jahre lang gearbeitet. Sie hat also 40 Jahre lang volle Sozialversicherungs- und Rentenbeiträge gezahlt. Jetzt im Heim bezieht sie zusätzlich zu ihrer Rente Sozialhilfe, weil sie aus eigener Kraft – trotz Pflegestufe 3 –

keinen Pflegeplatz finanzieren kann. Als Verkäuferin konnte sie es sich auch nie leisten, ein Haus zu bauen oder großartiges Vermögen anzusparen. Ich brauche Ihnen allen nicht zu sagen, dass die Verdienstsituation der Verkäuferinnen heutzutage nicht anders aussieht.

Aber auch die Pflegekräfte, die wirklich alles geben, bekommen nicht mehr Gehalt als eine Verkäuferin, und sie leisten sehr viel. Durch die Situation von Frau Koch bekommen sie jeden Tag bei der Arbeit vor Augen geführt, wie ihre eigene Situation später einmal aussehen wird. Nach dem aktuellen Rentenkonzept – übrigens von der SPD – werden sie später alle in Altersarmut leben und auf Transferleistungen angewiesen sein, selbst wenn sie ihr komplettes Arbeitsleben Vollzeit und sozialversicherungspflichtig in der Pflege tätig waren. Es wäre also nicht verwunderlich, wenn sich die Motivation der Pflegerinnen und Pfleger in Grenzen halten würde.

Dennoch kann man in diesem speziellen Fall nicht über das Verhalten des Pflegepersonals klagen. Sicherlich gibt es hier und dort einiges zu verbessern, aber wenn man das Pflegepersonal fragt, warum sie das Ganze jeden Tag aufs Neue tun, bekommt man immer die gleiche Antwort: Sie mögen bzw. lieben ihren Job sogar. Sie würden nur ganz gerne fair bezahlt werden und die Wertschätzung erfahren, die sie mit solch einem harten Beruf auch verdient haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie die Zwischenfrage einer Kollegin?

Lukas Lamla (PIRATEN): Nein, ich habe noch einiges an Text. Die Kollegin kann nachher zu mir kommen. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nicht. Gut.

Lukas Lamla (PIRATEN): Da hilft es allerdings nicht, wenn in einem Schnellschussverfahren – zum Beispiel nach der Pleite einer großen Firma – immer wieder postuliert wird: Sollen die entlassenen Mitarbeiter doch auf Pflege umschulen, dadurch bekommt man sie schneller auf den Arbeitsmarkt. – Mit Verlaub, diese Behauptung ist eine Frechheit. Einem verantwortungsbewussten Politiker muss klar sein, dass man für einen Beruf in der Pflege nicht nur geboren sein, sondern auch eine anspruchsvolle Ausbildung machen muss. Eine kurze Umschulung schont zwar kurzfristig die Arbeitslosenzahlen, damit erreicht man aber nicht wirklich etwas. Ganz im Gegenteil: Man diskreditiert gleichzeitig einen ganzen Berufszweig.

(Beifall von den PIRATEN)

Von Ihnen, Frau Ministerin, werden dennoch gute Impulse gesetzt. Mit dem sogenannten Ausgleichs-

verfahren haben Sie sanften Druck auf die Pflegeindustrie ausgeübt, damit diese mehr Ausbildungsplätze schafft. Dort hieß es: entweder ausbilden oder zahlen!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Die ca. 2.000 Auszubildenden mehr im Pflegebereich scheinen Ihnen da durchaus recht zu geben. Auch durch die finanzielle Unterstützung der Fachseminare mit mehr als 40 Millionen € haben Sie einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Allerdings wundere ich mich, dass Sie sich darüber beklagen, dass es für diese Unterstützung keinen guten gesetzlichen Rahmen gebe. Sie sind doch in der Regierung. Lassen Sie uns zusammen an diesem gesetzlichen Rahmen arbeiten! Wir Piraten unterstützen Sie ganz gerne dabei, denn das ist hier wirklich nötig.

Lassen Sie mich wieder auf die eben genannte Großmutter unseres Mitarbeiters zurückkommen. Wegen ihrer zunehmenden Demenz hat sie leider eine Alterspsychose entwickelt. Sie lebt täglich in der Angst vor Pflegern, vor Ärzten, vor Mitbewohnern und inzwischen sogar vor ihrer eigenen Schwiegertochter. Leider wurde es dadurch notwendig, dass Frau Koch vorübergehend in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden musste. Die Zustände in dieser Klinik schienen wirklich erschreckend gewesen zu sein: überfordertes Personal, unterbesetzte Stationen, teilweise werden Patienten auf Betten fixiert in Fluren untergebracht, weil die Psychiatrien einfach maßlos überbelegt sind. Patienten mit unterschiedlichen Krankheitsbildern werden unter diesen Umständen in einem Raum – man muss es so sagen – zusammengepfercht.

Sicherlich kann man sich an der Stelle damit herausreden, dass die Leute immer älter werden, es immer mehr Fälle von Demenz gibt und deshalb neue Plätze geschaffen werden müssen. Aber den demografischen Wandel gibt es nicht wirklich erst seit gestern. Man hat es einfach verpennt.

Immer wieder gibt die Landesregierung wie im Übrigen auch die Bundesregierung viele Millionen Euro für die Rettung von angeblich systemrelevanten Strukturen wie zum Beispiel Banken aus. Demgegenüber herrschen in der Pflege Tag für Tag Bedingungen, wie ich sie am realen Beispiel von Frau Koch gerade geschildert habe. Sie ist bei weitem kein Einzelfall.

Es ist Zeit zu handeln. Wir werden sehr gerne die Regierung in ihrem guten Bestreben dabei unterstützen, die Situation zu verbessern.

Zum Schluss noch einige Worte an die Pflegerinnen und Pfleger, die tagtäglich mit den Folgen der Gesundheitspolitik auskommen müssen: Nicht nur Banken sind systemrelevant, sondern Sie alle sind systemrelevant! Vielen Dank von dieser Stelle aus für Ihren großartigen Einsatz am Menschen! – Ich

danke auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lamla, ich werde Ihnen zum Problem mit der älteren Dame Frau Koch zumindest in einem Punkt vorab schon sagen können, dass wir gerade versuchen, Lösungen zu finden. Wir befinden uns im letzten Prozess der Krankenhausrahmenplanung und hatten gerade die letzte Sitzung des entsprechenden Ausschusses. Es ist klar, dass wir im Bereich der psychiatrischen und der stationären Versorgung in Nordrhein-Westfalen mehr Betten bewilligen wollen und auch müssen. Das Verfahren kann ich gerne noch einmal in Ruhe erklären. Es ist relativ schwierig, weil natürlich zum einen die Kostenträger, also die Kassen-seite, nachvollziehbar kein Interesse an einer Ausweitung haben. Zum anderen haben wir in der Vergangenheit einen breiten Diskurs geführt, den wir auch in Zukunft führen müssen, wie wir stationäre Aufenthalte durch andere Strukturen und Konzepte vermeiden können.

Es gibt viele Patienten, die heute in die Psychiatrie stationär eingewiesen und dort untergebracht werden, die mit viel niedrigschwelligeren häuslichen Konzepten versorgt werden könnten. Darüber werden wir im Ausschuss noch intensiv diskutieren.

Ich möchte gerne mit dem Thema „Pflege und Alter“ einsteigen. Einige Vorredner haben schon einiges zum überwältigenden Erfolg bezüglich der Altenpflegeausbildung gesagt. Der einzige, der ein bisschen daran herumkritisiert hat, waren Sie, Herr Preuß. Ich will Ihnen gerne noch einmal erklären, warum die Probleme überhaupt entstanden sind.

Seitdem ich Ministerin bin, habe ich in Nordrhein-Westfalen viele Termine bei stationären, ambulanten Trägern, bei Privaten und freien Wohlfahrtsverbänden gemacht. Denn alle haben mir gesagt, es sei ihr größtes Problem, junge Menschen nicht dazu bewegt zu bekommen, in die Pflege zu gehen. Alle haben gesagt, sie würden darum ringen, Ausbildungskräfte zu bekommen, die sie allerdings nicht bekämen.

Sie wissen, dass auch unter Ihrer Regierung die Altenpflegeausbildung eine freiwillige Leistung des Landes war, also eine Leistung, die nicht mit überplanmäßigen Ausgaben finanziert werden kann, sondern zu der wir nur den von uns realistisch geplanten Haushaltsansatz nutzen können.

Nachdem ich so viele Veranstaltungen hatte, um Menschen zu motivieren, haben wir gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden darüber nachgedacht, wie die Umlage wohl wirken könne. Wir haben uns ein extrem hohes Ziel gesteckt: Wir gehen davon aus, dass wir es mit ganz viel Anstrengung vielleicht schaffen könnten, 1.500 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und zu besetzen. Das ist ein Ziel gewesen, von dem mir viele gesagt haben, es sei absolut unrealistisch.

Aber dieses Ziel haben wir weit übertroffen: Wir haben von den Trägern, die alle gesagt haben, es gebe keine Auszubildenden, niemanden, der das machen wolle, plötzlich erfahren, dass sie mehr als 2.100 zusätzliche junge Menschen in der Ausbildung haben, weil wir die Umlage eingeführt haben.

Dass wir – weil es keine Pflichtaufgabe ist – dafür im Haushalt nicht die komplette Summe eingesetzt haben, ja, das war ein Fehler. Aber ich kann nur sagen: Wir haben innerhalb weniger Tage Lösungen für die Fachseminare geschaffen.

Herr Preuß, statt die Größe zu haben und zu sagen, dass es die rot-grüne Landesregierung geschafft hat, statt 32 Millionen € 38,45 Millionen € für die Altenpflege einzusetzen und zusätzlich 2.100 zusätzliche Altenpflegefachkräfte auszubilden, beschweren Sie sich, dass es einen Brief und an der einen oder anderen Stelle Verwirrung gab. Ja, es gab Verwirrung, weil Fachseminare Kurse begonnen hatten, ohne eine Bewilligung zu haben. Auch das ist bedauerlich, war aber nicht unser Verschulden. Ich finde nur, dass wir den Erfolg nicht kleinreden dürfen. Wir sind nämlich das einzige Bundesland, das in der Form einen Zuwachs an Auszubildenden hat und es schafft, endlich ausreichend Pflegefachkräfte auszubilden. Dafür hätte ich auch von Ihnen ein bisschen Anerkennung erwartet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte aber bei der Altenpolitik noch auf einen Punkt eingehen, Herr Preuß. Auch da haben Sie mit Ihrem Redebeitrag schon deutlich gemacht, dass Sie vielleicht in den letzten Jahren die Pflegepolitik in Nordrhein-Westfalen nicht so ganz verfolgt haben. Sie haben doch damals als CDU-Fraktion in der Opposition selber eine Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ beantragt. Seitdem diskutieren wir in Nordrhein-Westfalen über Quartierentwicklung. Wenn Sie im Moment im Land Nordrhein-Westfalen zu Veranstaltungen egal welcher Träger gehen, dann werden Sie sehen, dass alle über die Entwicklung von Quartieren reden, aber niemand die Fragen, die Sie gestellt haben, aufwirft, weil sie nicht relevant sind.

Quartiere entwickeln heißt, dass Menschen da, wo sie leben, auch in Zukunft leben bleiben können, wenn sie Unterstützungsbedarfe haben. Das hat weder etwas mit Grundstücken noch mit Grundstückspreisen zu tun. Das hat etwas damit zu tun,

dass die ältere Dame – in dem Beispiel eben war es Frau Koch – in ihrer Wohnung, in der sie ein Leben lang gelebt hat, auch alt werden kann. Wir müssen gemeinsam mit den Menschen im Quartier, gemeinsam mit den Strukturen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihrem Quartier alt werden können.

Sie kennen das Bild: Einen alten Baum verpflanzt man nicht und einen alten Menschen auch nicht. Aber die Rahmenbedingungen in unseren Städten, in unseren Kommunen sind andere. Menschen werden immer noch verpflanzt, weil die Rahmenbedingungen nicht passen. Das müssen wir gemeinsam ändern. Gehen Sie also auch da nicht in Fundamentalopposition, indem Sie sagen: „Alles falsch!“, sondern gestalten Sie vielmehr mit uns gemeinsam den Prozess, weil vor Ort Ihre Menschen, Ihre Kommunen, Ihre Bürgermeister, Ihre Oberbürgermeister den Weg schon längst mit uns gemeinsam gehen. Erkundigen Sie sich! Versuchen Sie, mit uns an einem Strang zu ziehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In der Gesundheitspolitik will ich in Anbetracht der Zeit nicht auf alle Punkte eingehen. Denn über die Krankenhausrahmenplanung werden wir intensiv diskutieren. Sie haben eben erwähnt, dass wir sie endlich vorlegen sollen. Ja, wir haben sie fertig; wir hatten letzte Woche die letzte Sitzung.

Herr Preuß, ja, wir haben als Land die Aufgabe, die Sicherstellung des stationären Sektors zu garantieren. Aber im ambulanten Bereich, den Sie so heftig kritisiert haben, ist die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung Aufgabe der Selbstverwaltung. Die können wir unterstützen. Das tun wir auch mit dem von Ihnen mehrfach zitierten Hausarztprogramm, das wir zu einem Hausarztaktionsprogramm gemacht haben. Wir haben es weiterentwickelt, haben Ärztinnen und Ärzte aus Österreich und anderen Ländern geworben, machen Jobmessen, machen Kooperationen. Wir haben versucht, über den Bundesrat die Zugangsvoraussetzungen bzw. die Studienrahmenbedingungen zu verändern, so dass wir zu mehr Hausärzten im Abschluss kommen.

Wir haben vieles getan. Vor allen Dingen haben wir vom Bund gefordert, dass endlich Schluss damit ist, dass auf der einen Seite die Länder stationär planen und auf der anderen Seite, davon losgelöst, die Selbstverwaltung ambulant plant. Wir wollten endlich verbindlich sektorübergreifend planen können. Das hat aber Ihre Bundesregierung nicht gewollt.

Ihre Vorwürfe, Herr Preuß, dass es irgendwo zu Versorgungsdefiziten im ambulanten Bereich kommt, sind richtig. Aber die Adressatin ist falsch. Richten Sie die Vorwürfe bitte an Herrn Bahr! Er muss den Ländern Rahmenbedingungen ermöglichen, damit sie diese Punkte verbindlich mit den Akteuren regeln können. In Nordrhein-Westfalen

haben sich zwar alle Akteure mit uns an den Tisch gesetzt und wollen für die Menschen sektorübergreifend planen, aber letztendlich fehlt ein verbindliches Instrument.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich gehe noch auf zwei Punkte ein, die Frau Schneider angesprochen hat. Ich finde das Signal gut, dass Sie deutlich sagen, Sie wollen den Haushalt, die Politik konstruktiv begleiten. Sie haben eine Reihe von Punkten genannt, die bedeutsam sind und bei denen es in unserer Politik wichtige Ansätze gibt.

Sie haben zwar beklagt, dass wir aus Ihrer Sicht ein bisschen zu viel frauenspezifische Maßnahmen machen, aber in der Gesundheitspolitik ist das aus vielen Gründen immer noch notwendig, egal, ob es früher die Zulassung von Medikamenten war, die nur an Männern erprobt waren, ob es die Symptome beim Herzinfarkt waren, bei denen man immer nur die männlichen kannte. Es gibt vieles, was wir in der frauenspezifischen Gesundheitspolitik nachholen müssen.

Ich finde es aber falsch, die beiden Bereiche gegeneinander auszuspielen. Wir müssen die bestmögliche Gesundheitsversorgung für Männer und die bestmögliche Gesundheitsversorgung für Frauen haben. Es geht nicht um ein Entweder-oder sondern um ein Sowohl-als-auch. Deswegen müssen wir alles, was wir im Gesundheitssystem machen, immer mit dem Genderblick betrachten: Was heißt das für Männer? Was heißt das für Frauen? Dann wird Gesundheitspolitik effektiv. Darin stimmen wir überein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie das unterstützen wollen, machen Sie doch mal einen konstruktiven Vorschlag, wie wir ergänzend für die Männergesundheit Kompetenzen erwerben und akquirieren können! Ich bin dabei, weil ich glaube, dass wir noch vieles mehr gebrauchen könnten. Wenn das auch noch haushaltstechnisch unterstützt würde, wäre das sehr schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Abschließend das Thema „Nichtraucherschutz“, das, nachdem Sie es angesprochen haben, nicht fehlen darf. Frau Schneider, Selbstbestimmung und Nichtraucherschutz sind völlig kompatibel. Nur, wir meinen zwei verschiedene Gruppen von Menschen.

Ich möchte, dass Kinder, dass Menschen, die ihre Gesundheit nicht gefährden wollen, selbstbestimmt in Nordrhein-Westfalen leben können und nicht von Rauchern davon ausgeschlossen werden.

Sie möchten Selbstbestimmung für die Raucher. Selbstbestimmung für die Raucher heißt für mich, sie dürfen sich selbst gefährden. Aber wenn Fremdgefährdung gegeben ist, wenn ein Raucher durch sein Rauchen einen anderen Menschen in

seiner Gesundheit gefährdet, hat Selbstbestimmung ihre Grenzen. Also ganz deutlich: Selbstbestimmung für jeden und vor allen Dingen für die, die ihre Gesundheit schützen wollen. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich Gesundheit, Pflege und Alter des Einzelplans liegen mir nicht vor.

Wir kommen damit zum

Teilbereich Emanzipation

Ich erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin van Dinther das Wort.

Regina van Dinther (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim vorletzten Einzelplan, der heute beraten wird, muss ich mich der Kritik anschließen, dass es für ein Parlament eigentlich unzumutbar ist, im November den Haushalt für das laufende Jahr zu beraten.

Alle Angebote, miteinander Sparanstrengungen zu machen, wurden ausgeschlagen. Ich frage mich, was Sie nun eigentlich mit Ihrer neuen Mehrheit anfangen wollen. Worauf warten Sie eigentlich? Wer soll denn wohl die Unannehmlichkeiten verkünden, die notwendig sind, um das Ziel der Schuldenbremse zu erreichen?

Meine Damen und Herren, ich habe hier aufmerksam zugehört, und die Arroganz einiger Redner, die ich vernommen habe, wird wohl noch vergehen. Eigentlich wäre Demut und das Bemühen um ein Miteinander angesagt gewesen. Stattdessen haben Sie in diesen Tagen viele Türen zugeschlagen.

Der verabredete Tenor der Reden der Regierungsparteien wird Ihnen – so denke ich – nicht mehr lange Spaß machen.

Wer die ersten Jahre einer Regierungszeit nicht für unangenehme Entscheidungen nutzt, wer die jetzt sprudelnden Steuerquellen auch noch verbraucht und den Schuldenberg anhäuft, der macht Fehler, die später nur durch größeren Verzicht auszugleichen sind.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie ziehen durch das Land, meine Damen und Herren, und erklären den irreführenden Begriff der guten Schulden, der vorsorgenden Investition in Bildung. Doch was machen Sie? – Sie geben das Geld für die Einlösung von Wahlgewinnen aus, das Geld, das wir gar nicht haben. In Bildung investieren Sie nicht.

Schauen wir doch genau hin: Sie entlasten mit ein paar Hundert Millionen Euro Eltern, eher die gut Verdienenden, die die Bildungsausgaben für ihre Kinder auch genauso gut steuerlich geltend machen könnten. Da, wo aber das Geld dringend benötigt würde, produzieren Sie Notstand, zum Beispiel an den Hochschulen. Denn dort gibt es ohne Studienbeiträge wesentlich schlechtere Bedingungen. Das Studium wird voller, es wird schlechter, es dauert länger. Hilfen oder besondere Angebote fallen weg. Viele Abiturienten müssen das Land verlassen, und endlose Warteschleifen erwarten sie. Das kostet den Familien und vor allem den jungen Leuten wesentlich mehr, als die nachgelagerten Studienbeiträge abverlangt hätten. Und es trifft in voller Härte die Ärmere. Denn Studentenwohnen wird teurer, und die BAföG-Anträge werden nur schleppend bearbeitet. Das ist vorsorgende Bildungspolitik? Mehr brauche ich dazu gar nicht zu sagen.

Bei der U3-Betreuung machen Sie dort weiter, wo Sie uns nach zehn rot-grünen Jahren ganze 11.000 Plätze hinterlassen hatten. Jetzt sind wir wieder Schlusslicht aller Bundesländer.

(Zuruf von der SPD: Wo ist denn das Thema „Emanzipation“?)

Fast die Hälfte der Eltern werden ihre Kinder nicht unterbekommen. Diese werden begeistert sein, wenn sie ihre Weiterbeschäftigung aufkündigen müssen.

Meine Damen und Herren, die Erzieherinnen stöhnen unter der Last der zu erwartenden Qualitätseinbrüche.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo ist das Thema?)

Denn am Ende drohen größere Gruppen und noch mehr Belastung. Schon jetzt ergreifen zu wenige junge Menschen diese Ausbildung. Sie ahnen vermutlich, was auf sie zukommt – vorsorgende Bildungspolitik.

Die inklusive Schule macht allen vor Ort Angst. Zu wenige Antworten auf berechnete Fragen. Betroffene vermuten eher Einsparungsabsichten als innovative neue Wege, Kindern mit Behinderung bestmögliche Begleitung zu geben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete, dass ich Sie unterbreche. Aber es gibt ...

Regina van Dinther (CDU): Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Meine Damen und Herren, das alles trifft vor allen Dingen Frauen,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Sie haben ja gleich noch Redezeit –, und zwar unorganisierte, eher ruhige, die ihren Unmut nicht

so laut artikulieren: Mütter, Arbeitnehmerinnen, Studentinnen, Erzieherinnen, Lehrerinnen, Hochschulfrauen. Daher sagen wir das und stehen wir den Betroffenen zur Seite.

Meine Damen und Herren, auch weitere Wahlgewinne sind für uns in diesem Haushalt verzichtbar. Im Frauen-Haushalt ist das vor allem die Wiedereinführung der Kompetenzzentren Frau und Beruf. Wir leiden nicht unter fehlenden Beratungseinrichtungen in diesem Land, aber unter der Lösungsabsicht ganz konkreter Benachteiligungen. Wir hatten daher kommunale Projekte zur Förderung von Frauen mit Migrationsgeschichte gefördert. Wer diese Frauen stark macht, der spart viel Geld an anderen Stellen und ermöglicht bessere Aufstiegschancen ganzer Familien.

Wir brauchen auch eine bessere Berufs- und Studienorientierung an der Bildungseinrichtung, an der die Mädchen in der Überzahl sind, unseren Gymnasien. Hier werden die Weichen für erfolgreiche Zukunftsentwicklungen der Mädchen gestellt.

Die Arbeitsagenturen stellen ihre Arbeit spürbar um. Von der Mangelverwaltung im Jobangebot laufen wir in eine Zeit hinein, in der Arbeitskräfte Mangelware sein werden. Dies ist die richtige Stelle, um strategisch die Frauen besser in den Fokus zu bringen und Ihnen einen bunten Strauß an Chancen zu eröffnen.

Die Frauen werden zu den Gewinnerinnen der neuen Zeit werden. Kompetenzzentren werden da nur wenig machen. Wir haben dafür Kammern, Innungen, Verbände, Arbeitsagenturen. Lassen wir diese doch einfach ihren Job machen, und begleiten wir diese. Ebenen haben wir genug.

Deutlich machen möchte ich die Bereitschaft der CDU, das große Kapitel der Gewalt im Konsens zu bearbeiten. Wir sind froh darüber, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen haben, dass im Gewaltschutzgesetz sichergestellt ist, dass Polizei und Behörden bei häuslicher Gewalt einschreiten müssen, und dass das Instrument der Wohnungsverweisung endlich auch die trifft, von denen die Gewalt ausgeht.

Meine Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, der Sozialämter und der Polizei, bei vielen ehrenamtlichen Helferinnen, die vor Ort eine bedrückende Arbeit tun müssen. Auch hier finanziell Farbe zu bekennen, halten wir für richtig.

Ich bekenne mich auch ausdrücklich zu der Verpflichtung der Politik, meine Damen und Herren, aber auch der Gesellschaft, zu einem diskriminierungsfreien Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgender zu kommen. Aus politischer Vernunft ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Regina van Dinther (CDU): Nein, ich habe vier Minuten.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Leider wird durch ein technisches Versehen die Redezeit falsch angezeigt. Aber wie Sie sich erinnern werden, haben die Fraktionen gemeinsam fünf Minuten Redezeit verabredet.

Regina van Dinther (CDU): Okay. – Aus politischer Vernunft und christlicher Überzeugung werde ich mich daher dafür einsetzen, dass Gottes bunte Schöpfung auch in unterschiedlicher sexueller Orientierung geachtet wird.

In unserem Land muss Unrecht gegenüber so betroffenen Menschen, entspringend einem menschenverachtenden totalitären Regime, als solches auch benannt werden.

Ich sage dies wohl wissend, dass es noch ein weiterer Weg sein wird und dass sich viele Bürgerinnen und Bürger und auch Politiker schwer tun werden, mit den Veränderungen umzugehen, die sich da ergeben müssen.

Wenn wir aber gemeinsam auf die Menschenwürde, auf den Rechtsstaat stolz sind, die wir in unserem Land ja garantieren und die wir im Grundgesetz und in der Landesverfassung auch festgeschrieben haben, dann lassen sich all diese Fragen lösen und auch die Veränderungen tragen.

Meine Damen und Herren, kurzum: Es gibt noch viel zu tun.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Abgeordnete, es tut mir leid, aber Sie müssen jetzt bitte zum Ende kommen.

Regina van Dinther (CDU): Ich komme zum Schluss: Wir lehnen den Haushalt aus den genannten Gründen ab, sind aber bereit, uns der Diskussion um viele Politikfelder zu stellen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Kollegin Kieninger das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau van Dinther, wenn Sie sich auf den Einzelplan 15 Kapitel 15 035 konzentriert hätten, wären Sie sicherlich mit Ihrer Redezeit sehr gut ausgekommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für Ihr Angebot, im Bereich Gewalt gegen Frauen konstruktiv mitzuarbeiten. Ich glaube, das sollten wir alle gemeinsam tun. Denn das ist ganz wichtig.

Die rot-grüne Koalition hat bereits mit dem Haushalt 2011 die Schwerpunkte für die Arbeit im Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation gesetzt.

Wir haben die zweite Fachstelle in den Frauenhäusern wieder eingerichtet, ein ganz, ganz wichtiger Bereich, damit die Beratung stimmt.

Wir haben die in fünf Jahren überrollten Bereiche der Beratungsstruktur für Frauen und Mädchen wieder finanziell aufgestockt. Wir sind froh, dass wir im 12er-Haushalt dieses auch wieder alles geschrieben sehen.

Aber einen Punkt möchte ich an dieser Stelle auch noch loswerden, Frau van Dinther. Sie sprachen davon, dass der Haushalt jetzt erst verabschiedet wird. Ja, das ist richtig. Hätten wir ihn eher verabschiedet, wären Sie gar nicht dabei gewesen – das muss man an dieser Stelle auch feststellen –,

(Beifall von der SPD)

wie viele andere auch hier im Hause, die das heute und gestern immer wieder bemängelt haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir hätten das alles schon im März verabschieden können!)

– So ist es, Frau Beer. Wir hätten es im März machen können. Aber da waren Sie nicht dazu bereit, andere auch nicht. Von daher sind wir jetzt an dieser Stelle angelangt.

Wir konnten gestern der „Westfälischen Rundschau“ entnehmen, dass in vielen Bereichen der Frauenhäuser auch heute noch Platzmangel herrscht. Wir müssen also zusehen, dass wir da Abhilfe schaffen, damit jede Frau, die es braucht, auch einen Platz im Frauenhaus bekommt.

Deswegen bin ich froh, dass die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, mit dem der Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus überprüft und geschaut werden soll, wie man dieses letztendlich umsetzen kann.

Wir haben die 2006 abgeschafften Regionalstellen Frau und Beruf in neuer Form als Kompetenzzentren in 16 Arbeitsmarktregionen des Landes wieder auf den Weg gebracht. Ziel ist es, neue Zugänge zum Arbeitsmarkt zu schaffen, Gründerinnen zu unterstützen, Hemmnisse beim Berufseinstieg zu reduzieren und Berufsorientierung zu unterstützen.

Vor allen Dingen ist eines ganz wichtig, nämlich die Vernetzung. Die Vernetzung wollte die gelb-schwarze Landesregierung nämlich nicht, als sie die Regionalstellen abgeschafft hat. Sie wollte nicht, dass im Land miteinander gearbeitet wird, dass alle von den besten Projekten profitieren können. Nein,

sie wollte einzelne Projekte und möglichst geheim, damit man sie nicht flächendeckend über das Land ziehen konnte. Das war der Unterschied zu den Kompetenzzentren, die wir jetzt einrichten.

Wir sind froh, dass wir dies tun. Denn damit machen wir deutlich, dass wir die Probleme angehen.

Ein Problem ist beispielsweise Entgeltungleichheit. Auch wenn jetzt der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen von 23 % auf 22 % gesunken ist, haben wir immer noch viel zu tun. Denn wenn dieser Unterschied jährlich um 1 % sinkt, müssen wir noch 22 Jahre warten. Dazu bin ich nicht bereit.

(Beifall von der SPD)

Sie haben richtigerweise das Thema „Fachkräftemangel“ angesprochen. Ja, auch da müssen wir eingreifen. Das ist richtig. Das ist eine Chance für Frauen. Aber wir müssen dabei auch die Chance nutzen, dass sich etwas verändert, nämlich dass wir auch familiengerechte Arbeitszeitmodelle haben. Dafür sorgen die Kompetenzzentren.

Frauen in Führungspositionen: Ich bin froh, dass wir jetzt eine Bundesratsentscheidung haben, auch wenn ich es lieber gesehen hätte, dass wir den nordrhein-westfälischen Vorschlag genommen hätten. Jetzt haben wir den aus Hamburg. Ich bin sehr gespannt, wie das letztendlich umgesetzt wird, da wir ja schon sofort nach dem Beschluss hörten, dass CDU und FDP dieses eigentlich gar nicht umsetzen wollen, was da im Bundesrat beschlossen wurde.

Stattdessen wird jetzt eine Herdprämie eingeführt, damit man Frauen daran hindert, frühzeitig wieder in den Beruf zu gehen.

Noch schlimmer ist: Bei den Minijobs wird die Grenze von 400 auf 450 € erhöht, um Frauen davon abzuhalten, auf den Arbeitsmarkt zu kommen.

Im Bereich LSBTTI haben wir den Ansatz um 200.000 € erhöht.

Wir haben den Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und gegen Homophobie und Transphobie auf den Weg gebracht. Das ist eine Querschnittsaufgabe und muss in allen Häusern mit bearbeitet werden. Unter dem Motto „Nur Respekt Wirkt“ haben wir eine Akzeptanzkampagne auf den Weg gebracht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Einzelplan 15 im Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation beträgt ganz genau 0,5 Promille des Gesamthaushaltes. 0,5 Promille! Ich finde, dieses Thema sollte uns allen diese 0,5 Promille Wert sein. Ich glaube, an der Stelle gibt es auch nichts mehr zu kürzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Jetzt spricht zu uns für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum vorliegenden Einzelplan 15, Teilbereich Emanzipation, müssen wir gar nicht viel sagen. Viel hat sich gegenüber dem vergangenen Haushaltsjahr nicht geändert. Man könnte auch von altem Wein in neuen Schläuchen sprechen. Das zeigt sich nicht nur in den neuen Haushaltszahlen, sondern auch, Frau Ministerin Steffens, wenn Sie sich einmal die Ergebnisse Ihrer Politik des vergangenen Jahres ansehen. Ganze Mittelpakete wurden bis ins Frühjahr dieses Jahres gar nicht oder nur in Teilbereichen abgerufen. Ich möchte nur auf die Mittel für die vierte Frauenhausstelle oder den Etat für Täterarbeit hinweisen. Die Entwicklung hier werden wir gerade vor dem Hintergrund der neuen Zahlen zum Themenbereich „Häusliche Gewalt“ regelmäßig bei Ihnen abfragen und beobachten.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Was zeigt diese Erkenntnis auch im Nachhinein? Es reicht nicht aus, einfach nur mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Ein Mehr an Geld ersetzt kein Konzept.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Steffens, diese Konzeptlosigkeit zieht sich anscheinend durch Ihre ganze Politik.

(Beifall von der FDP)

Das zeigt sich – um noch ein weiteres Beispiel aufzuführen – ganz deutlich im Bereich des sogenannten „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“. Ich muss Ihnen wohl nicht sagen, dass die FDP-Fraktion diesen Mittelansatz, der im Grunde nichts anderes ist als eine Regionalstelle Reloaded in der Version 2.0, nach wie vor ablehnt.

(Beifall von der FDP)

Aber was haben Sie sich verbal ins Zeug gelegt, und wie schnell wollten Sie all die so dringend erforderlichen Einrichtungen entstehen lassen! Pasziert ist erst einmal wenig.

Sie haben versucht, zu erklären, warum das alles doch nicht so schnell über die Bühne gehen konnte. Es war auch in Ordnung, dass sie wenigstens daran gedacht haben, dass man solche Pläne rechtmäßig und nachhaltig umsetzen sollte. Aber mit Verlaub, Frau Ministerin, wenn Sie eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion nach der Effektivität ihrer Programme damit beantworten, dass Kompetenzzentren von den Frauen nicht besucht werden und man deswegen nicht sagen könne, wie vielen Frauen hierdurch geholfen wurde, zeigt mir das allerdings, dass Sie sich wenig Gedanken um den tatsächlichen Nutzen dieser Einrichtung machen.

(Beifall von der FDP)

Natürlich haben Sie – das ist uns schon klar – hier keine Direktberatungsangebote geschaffen. Wir erwarten aber von der Landesregierung bzw. von Ihnen, dass Sie die Effektivität Ihrer Projekte sinnvoll und transparent aufschlüsseln. Sie erfreuen sich anscheinend aber nur an Ihrer neuen Einrichtung. Rückmeldungen zur Effizienz von außen – beispielsweise aus den Unternehmen, die durch die Kompetenzzentren angesprochen werden sollten – scheinen Sie überhaupt nicht zu interessieren. Oder vielleicht sind sie auch gar nicht gewünscht.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich ist der kleine Emanzipationsetat nicht dazu geeignet, große Konsolidierungssprünge zu machen. Das bestreiten wir auch gar nicht. Wenn man aber nur wenig Geld zur Verfügung hat, muss man zusehen, dass man das Wenige effektiv einsetzt.

(Beifall von der FDP)

Gerade wenn wir den Blick auf die Kompetenzzentren richten, hätten wir uns einen sinnvolleren Mitteleinsatz bzw. -ansatz vorstellen können. Wir haben uns unlängst darauf verständigt, gemeinsame Lösungswege im Bereich „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ zu erarbeiten. Das war ein notwendiger, ein wichtiger Schritt zur Erarbeitung zielführender Konzepte. Hier werden wir für die Umsetzung der Arbeitsergebnisse Gelder benötigen – Gelder, die jetzt durch den Aufbau unnötiger Doppelstrukturen und Verteilmechanismen nach dem Gießkannenprinzip verschwendet werden.

(Beifall von der FDP)

Nutzen Sie die Mittel lieber dort, wo es wirklich brennt, mit sinnvollen Konzepten. Dann hat auch die FDP kein Problem mit diesem Haushalt. So wie er hier vorliegt – ideologiegetrieben, dafür konzeptlos, ziellos und planlos –, können wir ihm nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. Ich wollte Sie noch fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kieninger zulassen wollen; aber Sie waren zu schnell für mich. Vielleicht können die beiden Kolleginnen das noch bilateral nacharbeiten. – Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort. Bitte schön.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau van Dinther, Ihr Beitrag stand wohl unter dem Motto „Frauen sind Menschen, die vom Haushalt auch betroffen sind“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auffallend richtig – allerdings war es am Thema auch relativ vorbei.

Ich möchte zunächst einmal mit der Feststellung beginnen, dass der Haushaltsansatz im Bereich Emanzipation gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist. Das mag jetzt nicht so wahnsinnig innovativ klingen, ist aber aus dem Grund erwähnenswert, weil sich auch in diesem Haushaltsentwurf widerspiegelt – Sie werden gleich noch an einigen Beispielen sehen, was ich damit genauer meine –, dass die rot-grüne Landesregierung dem Bereich Emanzipation die Bedeutung wiedergegeben hat, die ihm zusteht. Das hat sie auch mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die dies belegen. Ich möchte aber nur ein paar Beispiele aufgreifen.

Erstens. Rot-Grün setzt sich konsequent für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein. Bereits 2010 haben wir deshalb die von Schwarz-Gelb gestrichene vierte Frauenhausstelle wieder eingesetzt; denn leider sind der Schutz und die sichere Zufluchtsmöglichkeit für von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder auch heute noch immer eine dringende Notwendigkeit.

Trotz angespannter Haushaltslage ist dieser Schutz aus unserer Sicht eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe. Wir haben eine Verantwortung für diese Frauen, der wir perspektivisch auch darüber gerecht werden wollen, dass wir eine verlässliche und rechtssichere Finanzierungsstruktur für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen schaffen wollen.

Zweitens. Auch bei den „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ haben wir in etwas veränderter Form eine Struktur wiederbelebt, die durch die Vorgängerregierung ersatzlos gestrichen worden war. Auch wenn sich Frau Schneider an dieser Stelle als durchaus beratungsresistent erweist, will ich noch einmal darauf eingehen. Im Fokus der Kompetenzzentren steht nicht die individuelle Beratung, sondern die Beratung der Unternehmen und der Strukturen vor Ort. Mittlerweile – um Ihren Bedenken Rechnung zu tragen, dass das Geld gar nicht verausgabt wird – konnte ein Großteil der Kompetenzzentren in nahezu allen Arbeitsmarktregionen NRWs erfolgreich gestaltet werden.

Ich gebe Ihnen noch einen kleinen Reisetipp mit auf den Weg: Fahren Sie doch einmal in meine Heimatstadt Münster und informieren Sie sich dort über die fruchtbare Zusammenarbeit der Kompetenzzentren beispielsweise mit den Kammern, die sie übrigens auch durch die dunkle Zeit der landespolitischen Ignoranz hindurch mit großem Engagement getragen haben. Dort haben Sie diese Strukturen aufrechterhalten. Unterhalten Sie sich einmal mit diesen Frauen! Dann wird Ihnen vielleicht auch klar, wofür wir diese Struktur brauchen und warum diese Strukturen erfolgreich arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens – das ist in der Erarbeitung zwar weniger haushaltsrelevant, dafür politisch umso wichtiger –:

die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes, LGG. Damit Nordrhein-Westfalen auch im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern eine Vorreiterrolle einnimmt, brauchen wir novelliertes LGG. Im Detail werden wir das hier noch öfter diskutieren und beraten. Deswegen gehe ich darauf jetzt nicht weiter ein.

(Ralf Witzel [FDP]: Das führt dann wahrscheinlich zu noch mehr Quoten und individueller Ungleichbehandlung!)

Viertens. Dass Gesundheit und Krankheit auch eine Geschlechterdimension haben, ist für diejenigen, die sich damit beschäftigen, nichts Neues. Im vorangegangenen Teil ist das schon angeklungen. Trotzdem stehen wir bei der grundsätzlichen und durchgängigen Verankerung der Geschlechterperspektive im Gesundheitsbereich noch am Anfang.

Nicht zuletzt soll hier die Einrichtung des Kompetenzzentrums „Frauen und Gesundheit NRW“ einen Beitrag leisten. Etatisiert ist dieses Kompetenzzentrum zwar im Gesundheitsbereich; es soll hier aber trotzdem Erwähnung finden, weil sich Emanzipationspolitik eben nicht auf einen einzelnen Haushaltsbereich beschränken lässt.

Fünftens. Und das gilt auch – und damit komme ich zu meinem letzten Punkt – selbstverständlich für den Bereich LSBTTI. Mit dem Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie sind wir einen wichtigen Schritt zu mehr Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten gegangen. Dabei ist vor dem Hintergrund knapper Kassen klar, dass wir die dort niedergelegten Maßnahmen, die allesamt richtig und wichtig sind, nur Schritt für Schritt werden umsetzen können.

Einige wichtige Projekte haben wir allerdings auch schon auf den Weg gebracht. Als Beispiel will ich hier die Kampagne „anders und gleich – Nur Respekt Wirkt“ oder aber die Unterstützung so wichtiger und erfolgreicher Projekte wie „SchLAu“ oder „Schule ohne Homophobie“ nennen.

Auch für diesen Bereich lässt sich deutlich machen, dass die Landesregierung den Begriff Querschnittsthema nicht quasi als kleines Feigenblatt benutzt, um große Sonntagsreden zu schwingen, und am Ende gar in den Bereichen nichts zu tun, sondern diesen Bereich, die Querschnittsthemen, die Sie sich vorgenommen hat, auch mit Leben füllt. Ob in den Bereichen Schule, Jugend, Integration oder eben auch im Emanzipationsministerium: Hier werden für eine offene, bunte und vielfältige Gesellschaft alle Anstrengungen unternommen. Im Aktionsplan wird diesem Anspruch mit konkreten Projekten und auch mit den dafür nötigen Mitteln Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, Emanzipation ist kein Selbstläufer. Sie will getragen und gestaltet, aber auch finanziert werden. Dass dies auch in finanziell weniger üppigen Zeiten möglich ist – wenn man will

und wenn man weiß, wie man seine Prioritäten setzen möchte –, zeigt dieser Haushaltsentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Piratenfraktion erteile ich nunmehr Frau Kollegin Rydlewski das Wort.

Birgit Rydlewski (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Konfuzius hat einmal gesagt: Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen. Ich bin sehr froh darüber, dass wir hier miteinander Pläne machen können. Denn die wesentlichen politischen Vorhaben der Landesregierung im Bereich Frauen und Gleichstellungspolitik kann ich so unterschreiben.

Es ging an vielen Stellen hier um selbstbestimmtes Leben zum Beispiel im Bereich Kultur. Erst recht gilt das, was für Kultur gilt, auch bei der Selbstbestimmung der geschlechtlichen und sexuellen Identität und Orientierung. Selbstbestimmung bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass wir fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen ablehnen, zum Beispiel wenn staatliche Behörden Menschen durch die Feststellung des Merkmals Geschlechts in Schubladen stecken.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und müssen überwunden werden. Geschlechtliche oder sexuelle Orientierung dürfen nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden. Einzig das Strafrecht setzt hier gesellschaftlich anerkannte Grenzen.

In vielen Ländern der Welt werden Menschen wegen ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität diskriminiert oder kriminalisiert. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland von staatlicher oder nicht staatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden.

Selbstbestimmung ist uns auch dann wichtig, wenn es um Formen des menschlichen Zusammenlebens geht. Wir Piraten bekennen uns zum Pluralismus des Zusammenlebens. Dieser Pluralismus ist für viele Menschen längst Bestandteil ihres Lebens. Es wäre schön, wenn auch Politik endlich dieser Vielfalt der Lebensstile gerecht werden würde und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglicht.

Die Piraten setzen sich deshalb für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft ein. Dabei ist die eingetragene Part-

nerschaft für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen.

Ich darf noch einmal das Ministerium zitieren, genauer gesagt, den „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“:

„Erklärtes Ziel ist es deshalb, Diskriminierung zu bekämpfen und Wertschätzung zu schaffen, um damit den Grundstein für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe der unterschiedlichen Lebensweisen und Formen zu legen.“

Das klingt fast „piratig“. Wir haben daher auch positiv zur Kenntnis genommen, dass die Mittel zur Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender in der Titelgruppe 75 im Haushaltsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 210.000 € auf 863.400 € aufgestockt wurden und der Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2012, der nun auch Intersexuelle nennt, eine Förderung in gleicher Höhe vorsieht. Das ist aus unserer Sicht zumindest schon einmal der richtige Weg.

Um zum Ausgangszitat zurückzukommen: Ich glaube, dass wir uns über das Grundsätzliche einig sind. Deswegen sind wir gerne bereit, gemeinsam weitere Pläne zu machen. Ich hoffe, dass wir dabei auch über piratistische Forderungen Einigkeit erzielen, die über die Ziele der Landesregierung hinausgehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Erstes ganz herzlichen Dank für das Angebot der Piraten. Ich glaube schon, dass es, wenn es eine grundsätzliche Einigkeit gibt, wirklich Sinn macht, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, zumal die Aufgaben, die wir im Bereich Emanzipation vor uns haben, keine kleinen Aufgaben sind, insbesondere wenn wir uns den Gewaltschutzbereich angucken, wo sie massiv sind. Wir haben gerade eben gesehen, dass es hier im Plenum nicht unbedingt Einigkeit in aller Breite gibt.

Vorab noch eine Bemerkung: Frau van Dinther, ich fand es ein Stück weit erschreckend, was Sie am Anfang Ihrer Rede gesagt haben, auch wenn es gar nicht um die Frauenpolitik ging. Sie haben nämlich einen ganz entscheidenden Satz gesagt: In den ersten Jahren müsse man die unangenehmen Entscheidungen treffen – nicht am Ende der Legislaturperiode.

Ich glaube: Wenn man politische Verantwortung hat, muss man immer, wenn es ansteht, unangenehme Entscheidungen treffen. Was Sie eben gesagt haben, ist genau das, was Sie unter Schwarz-Gelb gemacht haben: Sie haben am Anfang massiv gekürzt und am Ende Geschenke verteilt. Wir aber wollen eine durchgängige konsistente Politik über alle Jahre machen

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

und nicht kurzfristig nach den potenziellen Wählerinnen und Wählern.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Es gibt einen zweiten Punkt, den ich ganz wichtig finde. Darüber sollten wir noch einmal ganz intensiv reden. Ich spreche vom Irrglauben in diesem Raum bezüglich der Frage, was die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ eigentlich sollen. Das ist bei der FDP der Fall, wo nach wie vor die Einzelberatung immer noch im Hintergrund steht. Denn sonst, Frau Schneider, hätten Sie nicht immer wieder sowohl in der Kleinen Anfrage als auch heute zu den Einzelfallberatungen gefragt, wie viele Frauen diese erreichen.

Sie wissen doch: Wenn man Strukturen verändern will, hat man keine messbare Größe, wie viele Frauen das unmittelbar und direkt erreicht. Wenn man in die Strukturen geht, weiß man, dass man Veränderungen bewirkt, dass man Unternehmen verändert und dass man den Gedanken, wie Frauen wieder oder neu in den Beruf integriert werden können, verändert. Sie ersehen daran, dass wir jetzt bei den Kompetenzzentren ganz unterschiedliche Konstrukte haben: mit Kammern, mit Innungen.

Das ist nämlich gerade nicht unser Konzept, wie es Frau van Dinther eben wieder meinte, dass wir ein Nebeneinander von Beratungsstrukturen haben. Nein, wir haben ein Vernetzen der bestehenden Strukturen, und wir erleben in Nordrhein-Westfalen ganz deutlich, dass diejenigen, Frau van Dinther, die Beratungen im Einzelfall machen, sich darüber freuen, dass es die Kompetenzzentren gibt. Sie rufen sie ab, um effizienter in ihrer Arbeit zu werden. Aber auch unter Schwarz-Gelb hatten Sie nicht verstanden, welche Ziele wir haben.

Ich freue mich trotzdem darüber, dass es heute auch das Angebot der CDU gab, bezüglich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Nordrhein-Westfalen zumindest zu versuchen, an einem Strang zu ziehen. Wir wissen, dass unter Schwarz-Gelb die zweite Fachkraftstelle für Frauenhäuser abgebaut worden ist. Wir mussten wieder das Geld in die Hand nehmen, um Frauen, die von Gewalt betroffen sind, zu helfen. Darüber hatten wir in der Vergangenheit keinen Konsens.

Wenn wir aber im zweiten Bereich der Prävention über die Unterbringung hinaus, bei der es wahr-

scheinlich auch weiterhin Dissens geben wird, einen Konsens hinbekommen und sich auch die CDU-Fraktion an unserem Landesaktionsplan gegen Gewalt beteiligen will, würde ich mich sehr darüber freuen. Denn es gibt viele Aufgaben, die wir in Nordrhein-Westfalen nicht allein lösen können. Zum Beispiel wäre die Frage, ob wir eine gesetzliche Finanzierungsregel für die Frauenhäuser bekommen, viel besser gemeinsam auf Bundesebene zu lösen. Ich freue mich sehr, wenn Sie uns dabei unterstützen. Denn wir können effizienter und effektiver sein, wenn wir geschlossen als gesamtes Parlament auf den Bund und die Bundesregierung an entsprechender Stelle Einfluss nehmen.

Ich möchte aber auch neben dem Gewaltschutz und der Integration von Frauen ins Berufsleben auf den dritten wesentlichen Bereich eingehen, den auch heute die eine oder andere Rednerin angesprochen hat, nämlich den Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie.

In Nordrhein-Westfalen ist es ein einmaliger Prozess, dass wir gemeinsam mit sämtlichen Akteurinnen und Akteuren, also mit denjenigen in NGOs, die seit Jahren die Arbeit machen und in der Vergangenheit immer wieder unter Nichtfinanzierung, Nichtbeachtung und Nichtakzeptanz gelitten haben, diesen Aktionsplan aufgestellt haben.

Ich würde mich freuen, wenn die Umsetzung wirklich gemeinsam geschieht, wie es eben angeklungen ist, wenn es in alle Kommunen heruntergebrochen und an allen Stellen durchgetragen wird. Denn wir wissen, dass die Homo- und Transphobie, die in Nordrhein-Westfalen nach wie vor besteht, nicht einfach nur durch einen Haushaltsansatz zu bekämpfen ist, sondern dass Menschen das wirklich aus Überzeugung vor Ort tragen müssen.

Ich freue mich sehr, Frau van Dinther, wenn Ihre Fraktion das auch mittragen würde. Dann können wir es schaffen, die Stimmung in Nordrhein-Westfalen zu verändern. Dann würde der Aktionsplan auch wirklich tragen. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Da zu diesem Teilbereich des Einzelplans keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratungen zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1215**, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von

CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **angenommen** ist. Damit ist der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beratung von

Einzelplan 09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Dieser Einzelplan ist in die Teilbereiche „Bauen und Wohnen“ sowie „Stadtentwicklung und Verkehr“ unterteilt.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1209 und eröffne die Beratung zum

Teilbereich Bauen und Wohnen

Ich erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Vosseem von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Klaus Vosseem (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Haushaltsjahr ist zu fünf Sechsteln vorbei. Damit haben die Beratungen der letzten beiden Tage – das ist bereits mehrfach gesagt worden – allenfalls noch historischen Charakter. Wichtige und notwendige Veränderungen an diesem Entwurf können überhaupt keine Wirkung mehr entfalten.

Lassen Sie mich gleichwohl einen grundsätzlicheren Blick auf die Bau- und Wohnraumpolitik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen werfen. Rot-Grün hat geradezu einen pathologischen Drang, alle Maßnahmen der CDU-geführten Vorgängerregierung rückgängig zu machen. Beim sozialen Wohnungsbau, sehr geehrter Herr Minister Groschek, hat Ihr Vorgänger im Amt den Rückfall in alte sozialdemokratische Förderpolitik organisiert. Er hat den Kahlschlag der Eigentumsförderung vollzogen. Statt 400 Millionen € im Jahr 2010 stehen im Haushalt 2012 nur noch 200 Millionen € für zinsgünstige Darlehen zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Genau richtig!)

Vor allem jungen Familien mit Kindern wird so der Bau und Erwerb der eigenen vier Wände erschwert.

(Beifall von der CDU)

Im Januar 2012 hat die Landesregierung dann noch ein weiteres überflüssiges Relikt aus der sozialistischen Mottenkiste hervorgeholt,

(Zurufe von der SPD: Oh!)